



LE 14–20: Klimaschutz und Klimawandelanpassung

Martin Schönhart

Der menschlich verursachte Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart. Klimaschutz ist folgerichtig ein bedeutendes Umwelthanliegen der europäischen Politik. Er soll sich nach den Vorgaben der Europäischen Kommission gemeinsam mit der Klimawandelanpassung im Sinn eines „Klima-Mainstreamings“ in den wichtigen Politikfeldern, so auch in der Agrarpolitik, wiederfinden. Einzelne Maßnahmen des Programms LE 14–20, vor allem im ÖPUL, fördern den Schutz der Ressource Boden und die Anreicherung mit Kohlenstoff, z. B. durch Zwischenfruchtanbau oder Direktsaat. Die Wirkung solcher Maßnahmen ist empirisch schwierig zu messen, weil es beträchtliche zeitliche Verschiebungen zwischen Maßnahme und Umwelteffekt gibt oder Änderungen erst nach vielen Jahren der Umsetzung der Maßnahmen messbar wären. Zudem ist Monitoring mit hohen Kosten verbunden. Daher werden agrarökonomische Modelle eingesetzt, mit denen die Landnutzungsfolgen eines Politikzenarios – z. B. die fiktive Situation ohne Agrarumweltprogramm – mit einer Referenzsituation verglichen werden.

Laut unseren Modellergebnissen würde durch einen Wegfall des Programms LE 14–20 ein beträchtliches Ausmaß an Agrarflächen an marginalen Standorten aus der Produktion ausscheiden. Damit verbunden wäre ein Sinken der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft. Gerade für Fragen des Klimaschutzes reicht aber eine nationale Perspektive nicht aus. Unterstellt man eine konstante Nachfrage nach agrarischen Gütern, würden die Produktionsausfälle durch Importe substituiert werden und andernorts Treibhausgasemissionen entstehen. ●

Martin Schönhart lehrt und forscht am Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung der Universität für Bodenkultur Wien.



LE 14–20: Beschäftigung im ländlichen Raum

Matthias Firgo

Ein Kernziel der Strategie Europa 2020 ist es, die Beschäftigungsquote in der EU auf mindestens 75 Prozent zu steigern. Österreich ist ambitionierter und will die Rate auf 77 bis 78 Prozent erhöhen. Gerade in ländlich-peripheren Gebieten ist die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen ein entscheidendes Kriterium für die Motivation junger Generationen, in der Region zu bleiben bzw. nach der Ausbildung in diese zurückzukehren. Statistik Austria stellt eine Reihe von demografischen und ökonomischen Daten auf Ebene der österreichischen Gemeinden zur Verfügung. Mit diesen wurde im Rahmen der LE-Evaluierung unter Zuhilfenahme ökonomischer Modelle untersucht, in welchem Zusammenhang die Auszahlungen des Programms LE 14–20 und seiner Vorläuferprogramme mit der Beschäftigungsentwicklung stehen.

Die Ergebnisse der Auswertung zeigen, dass nicht nur in ländlichen Gebieten das Beschäftigungswachstum in positivem Zusammenhang mit dem Programm steht, sondern (in deutlich schwächerer Form) auch in urbanen Regionen, in die nur vergleichsweise wenige Mittel direkt fließen. Diese Ergebnisse lassen jedoch aus methodischen Gründen keine kausale Interpretation zu, sondern beschreiben lediglich die Korrelation von Programmmitteln und Beschäftigungsquote.

Die Abbildung veranschaulicht den Verlauf der Beschäftigungsquote in ländlichen und urbanen Gebieten sowie insgesamt. Wie die Berechnungen zeigen, gehen die Zahlungen des Programms österreichweit mit einer um 0,13 Prozentpunkte höheren Beschäftigung bei 73 Prozent einher. In ländlichen Gemeinden war bei einer Beschäftigungsquote von etwa 77 Prozent der Beitrag annähernd doppelt so hoch und zwar etwa 0,25 Prozentpunkte. ●

Matthias Firgo ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Bereichen Strukturwandel und Regionalentwicklung am Institut für Wirtschaftsforschung.

Entwicklung der Beschäftigungsquote in ländlichen und urbanen Regionen sowie insgesamt und geschätzter Beitrag der LE-Förderungen in Prozentpunkten (rechte Skala) der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren

